



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreisausschuss

Es informiert Sie:	Antje Schwörer
Telefon:	02104/99-1224
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	antje.schwoerer@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 21.12.2010

Niederschrift

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 16.12.2010, 15:06 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Ernst Buddenberg

Alexandra Gräber

Ursula Greve-Tegeler

Berndt Hoffmann

Werner Horzella

Dr. Bernhard Ibold

Manfred Krick

(ab 15.31 Uhr, TOP 5)

Gertrud Laßmann

Dieter Roeloffs

(ab 15.10 Uhr, TOP 2)

Michael Ruppert

Manfred Schulte

Margret Stolz

Ewald Vielhaus

Klaus-Dieter Völker

Dirk Wedel

Verwaltung

Harald Beier

Lothar Breitsprecher

Volker Freund

Georg Görtz

Ulrike Haase

Nils Hanheide

Peter Herweg
Daniela Hitzemann
Thomas Jarzombek
Wolfgang Kohnert
Dr. Rudolf Lange
Andrea Pannen
Jutta Pilz
Friedhelm Reusch
Martin M. Richter
Martin Schlüter
Thorsten Schmitz
Antje Schwörer
Petra Sinkiewicz

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Informationen der Verwaltung
3. Stellenplan 2011/2012 10/010/2010
4. Nachträge
- 4.1. Beteiligungsverfahren der kreisangehörigen Städte zum
Zweijahreshaushalt 2011 / 2012
- 4.1.1 Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum
Zweijahreshaushalt 2011 / 2012 20/061/2010
- 4.1.2 Stellungnahme der Kreisverwaltung zu den Anregungen und
Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahres-
haushalt 2011 / 2012 20/062/2010
- 4.2. Verwendung des Jahresüberschusses aus dem festgestellten
Jahresabschluss 2009 20/034/2010
5. Haushalt 2011 / 2012 20/053/2010
1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für die Haushaltsjah-
re 2011 / 2012
- a) Gesamtergebnisplan
- b) Gesamtfinanzplan
2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haus-
haltsjahre 2011 / 2012

Nicht öffentlicher Teil

6. Informationen der Verwaltung
7. Nachträge
- 7.1. Panorama-Radweg Niederbergbahn - Nachauftragsvergabe 65/006/2010
Nr. 1, Landschafts- Wegebau

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit (KA Carraro, KA Kuchler, KA Schnitzler und KA Vielhaus fehlen entschuldigt) und die Beschlussfähigkeit fest.

Er schlägt vor, die Beratungspunkte

3. Stellenplan 2011/2012

4.1. Beteiligungsverfahren der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012

4.1.1. Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012

4.1.2. Stellungnahme der Kreisverwaltung zu den Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012

4.2. Verwendung des Jahresüberschusses aus dem festgestellten Jahresabschluss 2009

und

7.1. Panorama-Radweg Niederbergbahn - Nachauftragsvergabe Nr. 1, Landschafts- Wegebau

von der Tagesordnung abzusetzen, da die Beratung zu diesen Tagesordnungspunkten bereits in den Sitzungen des Kreisausschusses vom 06.12.2010 bzw. 13.12.2010 erfolgte.

Diesem Vorschlag stimmen die Mitglieder des Kreisausschusses einstimmig zu.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird festgestellt.

Vor Einstieg in die Beratungen weist Landrat Hendele auf das an den Plätzen ausliegende Schreiben des Landkreistages zur Neuverteilung der Wohngeldersparnis des Landes und zur Zulassung der AöR für die Aufgabenwahrnehmung zugelassener kommunaler Träger hin (**Anlage 1**).

Zu Punkt 2: Informationen der Verwaltung
--

Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv am 17.12.2010

Herr Richter weist darauf hin, dass die für den 17.12.2010 anberaumte Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv abgesagt wurde. Die am gleichen Tag terminierte Meinungsbildungskonferenz der ARGE ME-aktiv findet statt, um über den Sachstand der Kooperationsverhandlungen mit der Bundesagentur zu berichten. Die Vertragsverhandlungen für die Zeit der gemeinsamen Einrichtung stocken derzeit.

Zulassung der AöR für die Aufgabenwahrnehmung zugelassener kommunaler Träger

Herr Richter berichtet aus der gestrigen Sitzung des nordrhein-westfälischen Landtages, dass die Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB II NRW) einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. verabschiedet wurde. Demnach dürfen zugelassene Optionskommunen die Aufgaben in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts wahrnehmen.

Wohngelderstattung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zur ebenfalls mit dem AG-SGB II NRW beschlossenen Neuverteilung der Wohngeldersparnis führt Herr Richter aus, dass die Zahlbarmachung unmittelbar nach der Gesetzesverkündung angekündigt wurde. Es ist davon auszugehen, dass der Betrag noch in der 51. Kalenderwoche eingeht.

Zu Punkt 3:	Stellenplan 2011/2012 - Vorlage Nr. 10/010/2010
--------------------	--

– wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Formalien) –

Zu Punkt 4:	Nachträge
--------------------	------------------

Zu Punkt 4.1:	Beteiligungsverfahren der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012
----------------------	---

– wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Formalien) –

Zu Punkt 4.1.1:	Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012 - Vorlage Nr. 20/061/2010
------------------------	---

– wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Formalien) –

Zu Punkt 4.1.2:	Stellungnahme der Kreisverwaltung zu den Anregungen und Bedenken der kreisangehörigen Städte zum Zweijahreshaushalt 2011 / 2012 - Vorlage Nr. 20/062/2010
------------------------	--

– wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Formalien) –

Zu Punkt 4.2:	Verwendung des Jahresüberschusses aus dem festgestellten Jahresabschluss 2009 - Vorlage Nr. 20/034/2010
----------------------	--

– wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Formalien) –

Zu Punkt 5: Haushalt 2011 / 2012**1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2011 / 2012**

- a) Gesamtergebnisplan
- b) Gesamtfinanzplan

2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2011 / 2012**- Vorlage Nr. 20/053/2010**

Zum Stand der Haushaltsberatungen nach der Sitzung des Kreisausschusses vom 13.12.2010 berichtet der Landrat, dass die Anträge und Anfragen bis einschließlich Ziffer 27 beraten werden konnten. Darüber hinaus wurde über die Produktbereiche 01 bis 04 ebenfalls abgestimmt.

Landrat Hendele empfiehlt, die Haushaltsberatungen wie folgt fortzusetzen:

1. Beratung über den Antrag der FDP-Fraktion zu 05.03.01 (Basis: Anfrage lfd. Nr. 24), der aufgrund von Beratungsbedarf der CDU-Fraktion auf die heutige Sitzung verlagert wurde
2. Abstimmung über den Produktbereich 05
3. Fortsetzung der Beratungen ab Ziffer 28

Er weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion einen neuen Antrag gestellt hat, der den bisherigen Veränderungsantrag unter Ziffer 40 ersetzt. Dieser liegt für die Kreisausschussmitglieder an den Plätzen aus.

Die Haushaltsberatungen werden wie folgt fortgesetzt:

Produkt 05.03.01 (Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II)

Mit Hinweis auf die Beratungen aus der Sitzung des Kreisausschusses vom 13.12.2010 erklärt KA Völker, dass die Fraktionen von CDU und FDP einen gemeinsamen Antrag zum Produkt 05.03.01 formuliert haben, der den Antrag der FDP-Fraktion aus der letzten Kreisausschusssitzung ersetzt.

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

Seite 621 Zeilen 6, 16, im Ergebnisplan

Ertrag (in €)	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt) Zeile 6	24.348.700	27.779.550	27.779.550	27.779.550/ 27.779.550				
Ansatz (neu)	24.105.100	23.758.250	23.758.250	23.758.250/ 23.758.250				

Aufwand (in €)	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt) Zeile 16	89.850.600	93.765.300	93.765.300	93.765.300/ 93.765.300				

Begründung:

Der Kreisdirektor hat in der letzten Kreisausschusssitzung die aktuelle Situation und die Risiken im Bereich der Sozialen Leistungen vorgetragen.

Die in Abstimmung mit der ARGE, der BA und dem LKT zusammengestellten aktuellen Datengrundlagen bzw. Prognosen führen zu Minderaufwendungen bei den Kosten der Unterkunft bzw. Mindererträgen bei der Bundesbeteiligung an den KdU-Aufwendungen.

Die FDP hat daraufhin am 13.12.2010 beantragt, den Zuschussbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit in 2011 um 1,1 Mio. € und in 2012 um 1,8 Mio. € zu reduzieren.

Die Fraktionen von CDU und FDP beantragen daher die Ansätze entsprechend anzupassen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Produktbereich 05 wird anschließend mehrheitlich angenommen.

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion

3 Enthaltungen SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 06 (Kinder- Jugend und Familienhilfe)

Produkt 06.01.01 – 06.02.01

Produkt 06.01.01 (Kompetenzagentur

Landrat Hendele schlägt vor, die beiden Anfragen der Fraktionen von FDP und SPD im Zusammenhang zu beantworten. Er weist darauf hin, dass die Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur einstimmig in den Kreisausschuss verwiesen wurden.

Anfrage der FDP-Fraktion

Seite 735 im Ergebnisplan

- 1) *Weshalb ist eine Steigerung der Ertragsposition veranschlagt, wenn die Projektlaufzeit mit einer Förderung durch den Bund / ESF Mittel und die Arge zum 31.08.2011 endet?*
- 2) *Welche Erträge und Aufwendungen wären bei einem Auslaufen des Projekts zum 31.08.2011 zu veranschlagen?*

Anfrage der SPD-Fraktion

1. *Gibt es seitens des Bundesministeriums (ESF-Mittel) und der ARGE/Bundesagentur Aussagen darüber, wie hoch die Förderung für die Kompetenzagentur nach 2012 sein wird?*
2. *Wie hoch belaufen sich in etwa die Kosten des Kreises für Betreuung etc. dieser Klientel, ohne in Maßnahmen bzw. Arbeit/Ausbildung vermittelt zu werden?*
3. *Wie wird der Kreis zukünftig als „Options“-Kreis mit den besonders benachteiligten Jugendlichen verfahren? Wie lauten hierzu die Aussagen des Bewerbungskonzeptes, mit dem sich der Kreis als Optionskreis empfehlen will?*

Die SPD-Fraktion hatte im Ausschuss zudem beantragt, die Arbeit der Kompetenzagentur auch über 2013 hinaus fortzuführen. Dieser Antrag wurde ebenfalls ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen.

KA Wedel und KA Schulte erklären sich mit einer Beantwortung der Anfragen bzw. dem Zurückstellen des Antrages bis zum 2. Quartal 2011 einverstanden. Über die Zukunft der Kompetenzagentur soll im Zusammenhang mit dem Projekt Arbeitsmarktqualifikation und nach Entscheidung über den Optionsantrag des Kreises beraten werden.

Die Anfragen sowie der Antrag der SPD-Fraktion werden daher zurückgestellt.

Anschließend wird der Produktbereich 06 einstimmig bei 3 Enthaltungen der SPD-Fraktion angenommen.

Produktbereich 07 (Gesundheitsdienste)
Produkte 07.01.01 – 07.03.01

Der Produktbereich 07 wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 08 (Sportförderung)
Produkt 08.01.01

Der Produktbereich 08 wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 09 (Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen)
Produkte 09.01.01 – 09.02.04

Der Produktbereich 09 wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 10 (Bauen und Wohnen)
Produkte 10.01.01 – 10.03.01

Veränderungsantrag des Landrats

Produkt 10.01.01 (Brandschutztechnische Stellungnahmen sowie Brandsicherheitsschauen)

S. 861 Zeile 4 im Ergebnisplan
S. 836 Zeile 4 im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	0	0	0	0
Ansatz (neu)	10.000	10.000	10.000	10.000

Begründung:

Die Verwaltung schlägt vor, bei der Erteilung von brandschutztechnischen Stellungnahmen im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren ab 2011 nun von der Möglichkeit der Gebührenerhebung Gebrauch zu machen.

KA Horzella weist darauf hin, dass dieser Veränderungsantrag auf einen Antrag seiner Fraktion aus dem Bau- und Planungsausschusses basiert.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Produktbereich 10 wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 11 (Ver- und Entsorgung)
Produkte 11.01.01 – 11.01.03

Der Produktbereich 11 wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV)
Produkte 12.01.01 – 12.02.01

Veränderungsantrag des Landrats

Produkt 12.01.01 (Durchführung von Bau-/Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen, Wegen)

Seite 934, Zeile 18 ,22 ,24 (Panorama-Radweg Niederbergbahn)

Beträge in €	Zeile	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	18					697.400	600.000	2.420.000	2.150.000/
									1.611.300
	22					106.000	0	0	0
	25					699.150	800.000	4.020.000	3.620.000/
									700.050
Ansatz (neu)	18					1.310.500	0	2.000.000	2.000.000/
									1.611.300
	22					200.000	0	0	0
	25					984.950	800.000	4.020.000	3.620.000/
									700.050

Begründung:

Der Landrat schlägt vor, aufgrund notwendiger Planänderungen, eines verzögerten Bauablaufs und veränderter Einnahmen des Panorama-Radweges die Haushaltsansätze insgesamt neu zu veranschlagen. Die Gesamtausgaben für den Panorama-Radweges reduzieren sich von 2.456.144,22 € für die Gesamtbauzeit von 2008 bis 2011 auf insgesamt 2.337.800 €. Die Gesamteinnahmen erhöhen sich von 1.526.000 € auf insgesamt 1.863.100 €.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass mit dem Veränderungsantrag der Beschluss über die Nachauftragsvergabe im Zusammenhang mit dem Panorama-Radweg aus der Sitzung des Kreisausschusses vom 13.12.2010 nachvollzogen wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Produktbereich 12 wird einstimmig angenommen.

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Produkt 13.01.01. (Naherholungseinrichtungen)

S. 966, Zeile 13 (Neanderhochpfad) im Ergebnisplan

Beträge in €	2011	2012	2013
Planansatz (alt)	489.550	1.075.650	1.491.350
Ansatz (neu)	244.550	323.550	331.350
Differenz:	245.000	752.100	1.160.000

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die für den Neanderhochpfad eingebrachten Ansätze zu streichen.

Begründung

Der Masterplan mit den Ziel-2-Wettbewerbmaßnahmen ist in erster Linie ein Projekt der Wirtschaftsförderung, das auf die weitere touristische Entwicklung und Erschließung des Neanderthals zielt. Dabei werden massive Eingriffe in die Natur und Landschaft und sogar in bestehende Naturschutzgebiete mit teilweise FFH-Status geplant. So droht durch den angestrebten Hochpfad das Neanderthal seinen bisherigen Charakter zu verlieren. Dieses Projekt ist aus ökologischen und ökonomischen Gründen abzulehnen.

Dieser Veränderungsantrag wurde ursprünglich für die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses gestellt, dort allerdings ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen. Im Bau- und Planungsausschuss wurde vereinbart, das Ergebnis des Ziel-2-Wettbewerbs abzuwarten.

Nunmehr steht fest, dass der Beitrag des Kreises Mettmann erfolgreich am Ziel-2-Wettbewerb teilgenommen hat.

KA Dr. Ibold erläutert, dass seine Fraktion den Neanderhochpfad aus ökologischen und ökonomischen Gründen ablehnt. Er wertet den Hochpfad als rein touristisches Angebot, durch das die Natur irreparabel geschädigt würde. Gespräche mit Naturschutzverbänden vor Ort hätten ergeben, dass auch diese sich gegen den Hochpfad aussprechen.

KA Schulte kann keinen Widerspruch zwischen Ökologie und Wirtschaftsförderung erkennen und weist darauf hin, dass bereits bestehende Hochpfade nur zu marginalen ökologischen Beeinträchtigungen geführt haben.

KA Wedel erinnert an die im Kreistag gefassten Beschlüsse zur Beteiligung am Ziel-2 Wettbewerb und an die in diesem Zusammenhang erteilte Finanzierungszusage. Außerdem sei der Neanderhochpfad der eigentliche Kern und Clou des Wettbewerbsbeitrages.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Neanderhochpfad nach einstimmigem Beschluss des Stiftungsrates der Stiftung Neanderthal aus deren Mitteln finanziert wird. Er schlägt vor, mit allen Betroffenen im offenen Dialog zu bleiben, bei unterschiedlichen Auffassungen gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen und zunächst das FFH-Gutachten abzuwar-

ten. Alle weiteren Diskussionen und konkreten Maßnahmen sollten sich an diesem Gutachten orientieren.

Nach abschließender Diskussion erfolgt die Abstimmung über den Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWg-ME
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

S. 967, Zeilen 18, 24 und 25 (Realisierung Masterplan Neanderthal) im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)					400.500 557.250	500 1.789.500	500 1.114.450	500 162.250
Ansatz (neu)					500 172.150	500 162.000	500 172.250	500 162.250

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Gesamtkosten für die Jahre 2011 bis 2013 in Höhe von 3.354.800 € um die Investitionszuwendungen zu reduzieren. Zu der geplanten Maßnahme sind Investitionszuwendungen in Höhe von 2.616.000 € vorgesehen (2011 = 630.000 €, 2012 = 1.100.000 €, 2013 = 800.000 €, 2015 = 86.000 €).

Begründung

Der Masterplan mit den Ziel-2-Wettbewerbsmaßnahmen ist in erster Linie ein Projekt der Wirtschaftsförderung, das auf die weitere touristische Entwicklung und Erschließung des Neanderthals zielt. Dabei werden massive Eingriffe in die Natur und Landschaft und sogar in bestehende Naturschutzgebiete mit teilweise FFH-Status geplant. So droht durch den angestrebten Hochpfad das Neanderthal seinen bisherigen Charakter zu verlieren.

Die enormen Investitionskosten von ca. 6 Mio. Euro (Kreis, Städte und Land NRW) und die noch nicht eingeplanten Folgekosten (u.a. Ranger und Unterhaltungskosten) sind zur Zeit nicht leistbar und werden von vielen kreisangehörigen Städten abgelehnt. Dieses Projekt spaltet die Kreiskommune und ist deshalb abzulehnen

Dieser Veränderungsantrag wurde ursprünglich für die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses gestellt, dort allerdings ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen. Im Bau- und Planungsausschuss wurde vereinbart, das Ergebnis des Ziel-2-Wettbewerbs abzuwarten.

Nunmehr steht fest, dass der Beitrag des Kreises Mettmann erfolgreich am Ziel-2-Wettbewerb teilgenommen hat.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWg-ME
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Landrat Hendele schlägt vor, die Anträge der FDP-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam zu beraten. Dem stimmen die Mitglieder des Kreisausschusses zu.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

S. 967, Zeile 25 (Neanderlandsteig) im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)					557.250	1.789.500	1.114.450	162.250/ 66.100
Ansatz (neu)					415.100	1.647.500	972.200	20.000/ 20.000

Reduzierung Einzelkosten Neanderlandsteig:	142.150	142.000	142.250	142.000/ 46.100
--	---------	---------	---------	--------------------

Die FDP-Fraktion beantragt, aufgrund der angespannten Finanzsituation des Kreises die Durchführung eines – neben den Maßnahmen zur Realisierung des Masterplans Neandertal – weiteren Großprojektes im Bereich der Naherholungseinrichtungen (Neanderlandsteig), welches zudem ausschließlich aus Eigenmitteln des Kreises finanziert werden soll, zurückzustellen.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

S. 967, Zeile 25 (Neanderlandsteig) im Finanzplan

Beträge in €	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)					557.250	1.789.500	1.114.450	162.250 66.100
Ansatz (neu)					415.100	1.647.500	972.200	20.000 20.000

(Hinweis: Die Gesamtkosten für die Investition in Höhe von 614.750 € erstrecken sich auf die Jahre 2011 und 2015.)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt den Neanderlandsteig ab und beantragt daher, die Ansätze entsprechend zu kürzen

Begründung

Im Kreis Mettmann gibt es ein sehr gut ausgebautes Wanderwegnetz, das von vielen Naherholungssuchenden angenommen wird. Dem nun geplanten Ausbau des Kreisrundwanderwegs zu einem touristischen Highlight (Neanderlandsteig) gibt das neue, vom Kreis in Auftrag gegebene Tourismuskutachten nur geringe Erfolgsaussichten. Dies u.a. deshalb, weil die Wege an der Peripherie der Städte verlaufen und die Wanderer gerade nicht an die touristischen Attraktionen und die Gastronomie der Städte herangeführt werden. Der geplante Ausbau bringt neben den hohen finanziellen Investitionen und den noch nicht zu übersehenden Folgekosten massive Eingriffe in die Natur und Landschaft durch zusätzliche Bauwerke, wie Brücken, Schutzhütten, Aussichtspunkte (Landschaftsfenster) und Rastmöglichkeiten. Der

Neanderlandsteig sei somit unter ökologischen, finanziellen und touristischen Aspekten ein höchst fragwürdiges Projekt und deshalb abzulehnen.

Landrat Hendele berichtet, dass die Anträge in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses gemeinsam beraten und anschließend ohne Beschlussempfehlung zur weiteren Beratung an den Kreisausschuss verwiesen wurden. Die Bekanntgabe der im Rahmen des Ziel-2-Wettbewerbes geförderten Maßnahmen sollte abgewartet werden.

Nunmehr steht fest, dass der Beitrag des Kreises Mettmann erfolgreich am Ziel-2-Wettbewerb teilgenommen hat.

KA Wedel erläutert den Antrag seiner Fraktion und macht deutlich, dass seiner Auffassung nach der Neanderlandsteig aufgrund der derzeitigen finanziellen Lage zurückgestellt werden sollte. Ggf. könnten zu einem späteren Zeitpunkt auch hierfür Fördergelder akquiriert werden.

KA Dr. Ibold verweist in diesem Zusammenhang auf das Gutachten zum Tourismus im Kreis Mettmann, wonach der Neanderlandsteig keine touristische Attraktion sei. Er befürchtet durch den Steig Eingriffe in die Natur, z.B. durch zusätzliche Bauwerke.

KA Schulte und KA Völker befürworten den Neanderlandsteig.

Abschließend weist Landrat Hendele darauf hin, dass sich der Verlauf des Neanderlandsteiges zu 90 % an Routen bereits bestehender Wanderwege orientiert.

Die Anträge werden mehrheitlich abgelehnt.

6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Der Produktbereich 13 wird mehrheitlich angenommen.

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 14 (Umweltschutz)

Produkte 14.01.01 – 14.02.02

Produkt 14.02.01 (Umweltmanagement)

Veränderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

S. 1016 im Ergebnisplan

Um nachfolgendes Konzept für effektive Energieeinsparungen im Kreis Mettmann umzusetzen, beantragt die Fraktion DIE LINKE, dass der Kreis Mettmann - neben zu beantragenden Fördermitteln des Bundes - finanzielle Mittel in Höhe von 500.000 € zur Anschubfinanzierung bereit stellt. Der Jahresüberschuss des Jahres 2009 in Höhe von 3.226.955,31 € lässt es zu, einen Teilbetrag für diese Maßnahme zu verwenden, so dass der Allgemeinen Rücklage die Summe von 2.726.955,31 € zugeführt werden kann.

In den vergangenen Jahren konnten für konkrete Projekte EU-Mittel beantragt werden. Hier wäre zu prüfen, ob nach Ablauf der Förderperiode Ende 2013 weitere Förderprogramme angedacht sind, so dass der Kreis Mettmann sich auch hier ggf. um entsprechende Mittel bewirbt.

Konzept für effektive Energieeinsparungen im Kreis Mettmann:

1. Der Kreis Mettmann soll in den nächsten Jahren fortschreitend seine Immobilien mit Solarstromanlagen und Erdwärmegewinnung versorgen.
2. Das betrifft Verwaltungsgebäude, Schulen, Kindergärten, Sport- und Freizeitanlagen und andere Gebäude wie den Kreisbauhof etc.
3. Darüber hinaus soll Einfluss auf die Kreissparkasse als weiterem größeren öffentlichen Immobilienbesitzer in dieser Zielrichtung genommen werden.
4. Eine Kooperation mit den Städten des Kreises - zuerst denen mit ähnlichen energieeinsparenden Vorhaben - soll angestrebt werden.
5. Die Wohnungsbaugenossenschaften (z.B. MBV in Mettmann) sollten ebenfalls in die gemeinsame Umsetzung (z.B. auch mit Blockheizwerken in unmittelbarer Nähe) einbezogen werden.
6. Ein gleiches Angebot kann auch an die großen anderen Wohnungsanbieter (GAGFAH, LEG u.a.) erfolgen.
7. Auch die Kirchengemeinden mit ihren Gebäuden (Kirchen, Verwaltungen, Kindergärten, Schulen, Jugend- und Freizeiteinrichtungen sollen für eine Beteiligung an dem Konzept gewonnen werden.
8. Ebenfalls „mit ins Boot“ sollen die Sozialverbände mit ihren Pflegeheimen, Sozialstationen etc. kommen. (Caritas, Diakonie, DRK, AWO u.a.)
9. Auch andere Energieformen wie Biogas und Windkraft sollen im öffentlichen Bereich (Mülldeponien, Kläranlagen) sowie in Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Betrieben genutzt werden.
10. Ergänzend sollten Möglichkeiten der Abwärmennutzung großer Industriebetriebe bzw. Gewerbegebiete geprüft und umgesetzt werden.

Begründung:

1. Die anfänglichen Investitionen werden schon mittelfristig durch die erzielten Energieeinsparungen deutlich übertroffen.
2. Zusätzlich könnten dem Kreis durch Einspeisung selbst erzeugter Elektrizität ins Stromnetz Mehreinnahmen zufließen.
3. Auch viele Privathaushalte sind Nutznießer dieses Konzeptes.
4. Unser Kreis macht sich ein großes Stück unabhängiger von der knapper werdenden fossilen Energie und den sie vermarktenden Konzernen.
5. Selbstverständlich wird auch die Umwelt im Kreis weniger belastet.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die im Antrag der Fraktion DIE LINKE. aufgeführten 500.000,00 €, die aus dem Jahresüberschuss 2009 für die Erstellung eines Energiekonzeptes verwandt werden sollen, nicht zur Verfügung stehen, da der Kreisausschuss empfohlen hat, den gesamten Jahresüberschuss der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

KA Schulte weist darauf hin, dass im energetischen Bereich in den letzten Jahren bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt wurden und hält ein entsprechendes Konzept zum derzeitigen Zeitpunkt daher für entbehrlich.

Der Antrag wird einstimmig bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

S. 1018 im Ergebnisplan

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Erarbeitung und Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes für den Kreis Mettmann. In diesem Zusammenhang soll der Kreis Mettmann fristgerecht einen Förderantrag beim Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bis zum 31.03.2011 einreichen.

Begründung:

Das Thema Klimaschutz beschäftigt Kreisverwaltung und Kreistag schon seit vielen Jahren. Doch die Forderung nach einem Klimaschutzkonzept ist bisher nicht realisiert worden. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit fördert z.Zt die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes mit 60% (für 1 Jahr) und die Umsetzung nochmals mit 50% (für die folgenden drei Jahre). Entsprechende Förderanträge sind bis zum 31.03.2011 beim Ministerium einzureichen.

Weitere Informationen zum Förderprogramm sind unter http://www.bmuklimaschutzinitiative.de/de/projekte_nki?audience=AudienceChannel_N02&subject=Programme und <http://www.klima-kommune.de/> abrufbar.

Zunächst erläutert KA Dr. Ibold den Veränderungsantrag seiner Fraktion.

Auf Nachfrage von KA Völker erläutert Landrat Hendele, dass derzeit die zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes unerlässliche Vernetzung mit den kreisangehörigen Städten fehlt. Diese Vernetzung sei bis zum 31.03.2011 auch nicht herzustellen, so dass die seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeführten Fördergelder nicht in Betracht kommen.

KA Schulte schlägt vor, sich noch einmal intensiv mit den im Antrag genannten Fundstellen zu beschäftigen um ggf. förderfähige Teilprojekte realisieren zu können.

Herr Hanheide erinnert an die Beratungen aus der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung vom 25.11.2010. Dort wurde die Verwaltung beauftragt, die Vernetzung zum Thema Klimaschutz mit den kreisangehörigen Städten voranzubringen und über die Ergebnisse regelmäßig im Fachausschuss zu berichten. Die seitens der antragstellenden Fraktion benannten Gelder beziehen sich hauptsächlich auf die Förderung für die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes anfallender Personalkosten. Diese könnten zu 60 % gefördert werden, 40 % müssten jedoch als Eigenanteil getragen werden.

KA Dr. Ibold modifiziert den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass 10.000,00 € für die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes zusätzlich in den Haushalt für das Jahr 2011 eingestellt werden sollen.

Dieser geänderte Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion

4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion

2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion

1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Der Produktbereich 14 wird mehrheitlich angenommen.

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 15 (Wirtschaft und Tourismus)

Produkte 15.01.01 – 15.04.01

Produkt 15.01.01 (Wirtschaftsförderung)

Veränderungsantrag der FDP-Fraktion

Seite 1041 Zeile 18 im Ergebnisplan

Beträge in €	2011	2012
Planansatz (alt)	733.350	735.050
Ansatz (neu)	633.350	635.050

Die FDP-Fraktion beantragt, den Ansatz um 100.000 € zu kürzen.

Begründung

Angesichts der angespannten Finanzsituation des Kreises erscheint vor dem Hintergrund, dass sowohl die kreisangehörigen Städte als auch Dritte, z.B. IHK, zum Teil parallel deckungsgleiche Aufgaben in der Wirtschaftsförderung wahrnehmen, eine Rückführung des Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit um 100.000 € vertretbar.

Landrat Hendele berichtet, dass der Antrag ohne Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Tourismus an den Kreisausschuss verwiesen wurde.

KA Wedel **zieht den Antrag seiner Fraktion zurück**, bittet die Verwaltung jedoch in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Tourismus das Thema „Beratung von Existenzgründern“ ausführlich aufzubereiten. Es soll u.a. festgestellt werden, welche Parallelleistungen seitens verschiedener Aufgabenträger erbracht werden.

Der Produktbereich 15 wird mehrheitlich angenommen.

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 16 (Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft)

Produkte 16.01.01 – 16.01.02

Produkt 16.01.01 (Steuern, allgemeine Umlagen, Zuweisungen)

Landrat Hendele weist darauf hin, dass zum Produkt 16.01.01

- zwei Veränderungsanträge der Fraktion UWG-ME,
- zwei gemeinsame Veränderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP sowie
- ein Veränderungsantrag der SPD-Fraktion

vorliegen.

Die Fraktionen nehmen zunächst grundsätzlich zu den jeweiligen Anträgen Stellung.

Veränderungsantrag der Fraktion UWG-ME

Seite 1078, Zeile 1 im Ergebnisplan

Die Fraktion UWG-ME beantragt, Einnahmeverbesserungen, z.B. durch Wohngelderstattungen, in voller Höhe zur Deckung des allgemeinen Finanzaufwandes 2011 zu verwenden.

Begründung

Auf Grund der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes NRW vom 25.05.2010 wird vom Land NRW eine Erstattung der Wohngeldersparnis erwartet. Die eingehende Summe ist zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfes für 2011 zu verwenden. Die Haushaltsansätze sind dann entsprechend zu berechnen.

Zur Verwendung der Wohngelderstattung beantragen die Fraktionen von CDU und FDP folgendes:

Von den insgesamt 11,3 Mio. € an Wohngelderstattung werden im Jahr 2011 3,2 Mio. € und in 2012 8,1 Mio. € zur Reduzierung der Kreisumlage verwandt. Für die im Jahr 2012 benötigten 8,1 Mio. € soll eine Rückstellung gebildet werden, so wird dem Risiko einer möglichen gerichtlichen Überprüfung der Wohngelderstattung Rechnung getragen. Zudem sollen in den Jahren 2011 / 2012 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung der Folgejahre die Erträge aus der Wohngelderstattung um jeweils 3,7 Mio. € angepasst werden.

Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich ein Kreisumlagehebesatz von 46,7 % (291,0 Mio. €) für 2011 und 47,0 % (293,1 Mio. €) für 2012.

KA Schulte macht deutlich, dass seine Fraktion mit dem Antrag zur Verwendung des Jahresüberschusses 2009 noch über den gemeinsamen Vorschlag der Fraktionen von CDU und FDP hinausgeht. Seiner Auffassung nach sollen die kreisangehörigen Städte im Jahr 2011 um weitere 3,3 Mio. € entlastet werden. So würde sich ein Kreisumlagehebesatz in Höhe von 46,35 % ergeben.

KA Völker und KA Wedel machen deutlich, dass ihre Fraktionen eine Reduzierung des Eigenkapitals unter das Niveau der Eröffnungsbilanz nicht mittragen. Zudem wäre man so haushaltssicherungspflichtig.

Im Verlauf der weiteren Diskussion machen KA Dr. Ibold und KA Horzella Beratungsbedarf für ihre Fraktionen geltend.

Landrat Hendele sichert daher bis zur Sitzung des Kreistages am 20.12.2010 eine Übersicht und Zusammenstellung der Zahlen zu.

Unter Berücksichtigung des gemeinsamen Antrages der Fraktionen von CDU und FDP zieht KA Horzella den Antrag seiner Fraktion zurück.

Anschließend erfolgt zunächst die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion

Veränderungsantrag der SPD-Fraktion

Seite 1078, Zeile 2 im Ergebnisplan

Beträge in €	2011	2012
Planansatz (alt)	298.992.550	306.682.050
Ansatz (neu)	292.044.750	302.329.850

Die SPD-Fraktion beantragt, die Kreisumlage auf den Zahlbetrag für das Jahr 2010 zu begrenzen (incl. der Umlage für den LVR). Dafür soll die zu erwartende Rückzahlung des Landes für das Wohngeld verwendet werden. Der Rest der in Rede stehenden 11,3 Mio. € soll zur Kreisumlagesenkung in 2012 verwendet werden.

Dieser geänderte Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zur Verwendung der Wohngelderstattung.

Der Antrag wird einstimmig bei 4 Enthaltungen der SPD-Fraktion, 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie 1 Enthaltung der Fraktion UWG-ME angenommen.

Schließlich lässt Landrat Hendele über den gemeinsamen Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion zur Höhe der Kreisumlage abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig bei 4 Enthaltungen der SPD-Fraktion, 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie 1 Enthaltung der Fraktion UWG-ME angenommen.

Veränderungsantrag der Fraktion UWG-ME

Seite 1078, Zeile 2 im Ergebnisplan

Die Fraktion UWG-ME beantragt, eine höhere Entnahme aus der allgemeinen Rücklage vorzunehmen, da sich der Kreishaushalt an der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der ka. Städte zu orientieren hat.

Begründung

Es besteht die Gefahr, dass der Kreis Mettmann gegen § 9 der KrO NRW verstößt. Darum ist eine Entnahme von wesentlich mehr als 5% aus der allgemeinen Rücklage vertretbar. Die UWG-ME hat hierfür einen möglichen Bedarf bis zu 19,4 Mio. € errechnet. Der Finanzplan ist entsprechend zu korrigieren.

Aufgrund des Ergebnisses der bisherigen Beratungen zieht KA Horzella den Antrag seiner Fraktion zurück.

Der Produktbereich 16 wird mehrheitlich angenommen.

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Enthaltung Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 17 (Stiftungen)

Produkt 17.01.01

Der Produktbereich 17 wird mehrheitlich angenommen.

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Landrat Hendele stellt fest, dass die Haushaltsberatungen des Kreisausschusses damit abgeschlossen sind.

Es schließen sich folgende Gesamtabstimmungen zum Haushalt an:

1. Abstimmung über den Gesamtergebnisplan

Beschluss:

Die im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossenen Ansatzänderungen der Produkte und Produktbereiche werden in den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2011 / 2012 übernommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Enthaltung Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

2. Abstimmung über den Gesamtfinanzplan

Beschluss:

Die im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossenen Ansatzänderungen der Produkte und Produktbereiche werden in den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2011 / 2012 übernommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Enthaltung Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Schließlich folgt die Abstimmung über die Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Jahre 2011 und 2012.

3. Abstimmung über die Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2011 / 2012

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die als **Anlage 2** beigefügte Haushaltssatzung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Enthaltung Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Vor Einstieg in die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 6. stellt Landrat Hendele die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:13 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Antje Schwörer